



Blockade vor dem Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit – Die Schweiz bekämpft lieber Migration als die Klimakrise!

Am zweiten Tag der UN-Klimakonferenz COP27 haben Aktivist*innen in Bern das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit blockiert und symbolisch die Festung Europa gebaut. Die Blockade findet im Rahmen der Aktionstage «Break Down Climate Wall» statt. Die Aktivist*innen kritisieren das Versagen der Schweiz: Anstatt die Klimakatastrophe zu bekämpfen, militarisieren die Schweiz und Europa ihre Grenzen. Das Bündnis «Break Down Climate Walls» fordert stattdessen Klimagerechtigkeit und Bewegungsfreiheit für alle. Weitere Aktionen folgen im Laufe des Tages.

Blockade des Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit

Heute morgen umstellten Aktivist*innen das BAZG mit zwei Kletterkonstruktionen und stellten Stacheldraht auf. Die Blockade stellt symbolisch die Festung Europa dar. Das BAZG ist als institutionelle Schnittstelle zuständig für die Zusammenarbeit der Schweiz mit Frontex, der Grenzagentur Europas. «Durch Frontex sind Gewalt, Elend und Tod an den europäischen Aussengrenzen Alltag geworden», meint Annika Lutzke und verweist auf den in diesem Sommer [geleakten Bericht der Antibetrugsbehörde der EU](#) (Olaf).

Die Folgen der Klimakrise können nicht mit Waffen bekämpft werden

Die Schweiz investiert viermal so viel Geld in die Aufrüstung der Grenzen als in Klimaschutz-Massnahmen in vulnerablen Ländern. Mit dieser Priorisierung ist die Schweiz nicht alleine: Länder wie Frankreich, Grossbritannien, die USA oder Kanada [stecken zwischen 2- bis 15-mal mehr Geld in die Militarisierung ihrer Grenzen, als sie für Finanzierungshilfe der von der Klimakrise](#) am stärksten betroffenen Ländern ausgeben.

Wie Lisanne Dichter vom Bündnis feststellt: «Die reichsten Länder dieser Welt haben sich entschieden, ihre historische Verantwortung zu missachten und stattdessen Klimamauern* zu errichten - bestehend aus Waffen, Stacheldrahtzäunen, Überwachungstechnologien. Sie militarisieren ihre Grenzen, um die Folgen der Klimakrise - beispielsweise Migration - von sich fernzuhalten.»



Bern, 07. November 2022

Diskussion über Klimafinanzierung an COP27

Das Gastland der COP27 ist ein gutes Beispiel für diese Tendenz: Ägypten ist bekannt für schwere Repressionen gegen die Zivilgesellschaft unter dem autoritären Führer al-Sisi. Trotzdem sprach die EU mit finanzieller Unterstützung der Schweiz kürzlich 80 Millionen Euro für Ägypten, um «Ausrüstungen für den maritimen Grenzschutz» zu ermöglichen.

«Während an der COP27 die Länder des Globalen Nordens sich seit Jahren weigern, angemessene Zahlungen an die vulnerablen Länder zu leisten, wächst das Budget zur Militarisierung enorm an.», sagt Annika Lutzke.

Das Bündnis fordert:

- Solidarität statt Stacheldraht: Die Umverteilung von Militarisierungs- und Abschottungsgeldern hin zu Investitionen in Klimagerechtigkeit.
- Bewegungsfreiheit für Alle: sichere Fluchtrouten und das Ende der Kriminalisierung von Migration nach Europa.
- Eine sofortige und drastische Reduktion der Treibhausgasemissionen. Als Mitverursacherin der Klimakrise muss die Schweiz schnellstens ihre Emissionen reduzieren und aufhören, in fossile Energien zu investieren.
- Die bedingungslose Abschaffung aller Schulden des Globalen Südens und echte Reparationen für den Schaden, die die Schweiz verursacht hat.

Weitere Informationen und Updates

[Fotos](#)

Mailadresse: noclimatewall@posteo.net

[Website](#)

[Instagram](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)